

CNDP: Nationale Kommission für Öffentliche Debatten

Ein unabhängiges Instrument sichert Bürger:innenbeteiligung in Frankreich

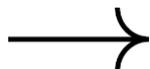
Für eine gemeinwohlorientierte Umnutzung von Flächen, müssen die Menschen vor Ort gezielt und je nach Projekt in passendem Umfang in die Planung und Umsetzung von Stadtentwicklungsprojekten einbezogen werden. Dazu fehlt es Kommunen nicht nur an finanziellen und personellen Ressourcen, sondern teilweise auch an Know-How. Deshalb bedarf es effektiver Förderinstrumente auf nationaler und regionaler Ebene.

Es lohnt sich einen Blick über den Rhein zu werfen: In Frankreich existiert mit der Nationalen Kommission für öffentliche Debatten (CNDP) ein Instrument, das eine Kultur der Bürger:innenbeteiligung bei Umweltfragen systematisch fördert. Die CNDP begleitet, auch auf Anfrage der Zivilgesellschaft, Beteiligungsprozesse und garantiert die Qualität durch sogenannte „Garant:innen“. Eine vergleichbare Institution gibt es in Deutschland momentan nicht.

Unter dem Motto „*Votre parole peut changer les choses*“ („Ihr Wort kann die Dinge verändern“) lädt die CNDP Bürger:innen auf lokaler oder nationaler Ebene ein, sich an größeren infrastrukturellen Projekten zu beteiligen. Die Institution ist Ausdruck des hohen Stellenwertes, den das Thema Bürger:innenbeteiligung in Frankreich mit dem im Grundgesetz verankerten Recht auf öffentliche Debatten genießt.

Empfehlung des Deutsch-Französischen Zukunftswerks:

Das Deutsch-Französische Zukunftswerk empfiehlt, auf nationaler und regionaler Ebene Maßnahmen zu ergreifen, um eine umfassende Beteiligungskultur in der Transformation der Städte zu stärken. Mehr dazu unter:



[https://df-zukunftswerk.eu/
umfassende-beteiligungskultur-foerdern](https://df-zukunftswerk.eu/umfassende-beteiligungskultur-foerdern)



Fokus auf ... Die Nationale Kommission für Öffentliche Debatten

(Commission Nationale du Débat Public, CNDP)

Die Commission Nationale du Débat Public (CNDP) wurde 1995 im Rahmen des „Loi Barnier“ zur Stärkung des Umweltschutzes in Frankreich gegründet. Sie fungiert seit 2002 als unabhängige Verwaltungsbehörde im Namen des Staates. Sie agiert als objektiver und neutraler „Drittgarant“. Im August 2016 wurde der Zuständigkeitsbereich der CNDP um das Initiativrecht erweitert, das Bürger:innen, Vereinen und gewählten Vertreter:innen ermöglicht, die CNDP einzuschalten.

Die Hauptziele und Aufgaben der CNDP umfassen die Gewährleistung des Rechts der Bürger:innen auf Information und Beteiligung in Umweltfragen, insbesondere bei der Ausarbeitung von Projekten mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt. Das betrifft beispielsweise Straßen- und Straßenbahnprojekte, Müllverwertungsanlagen oder auch Kernkraftwerke.

Mit der Organisation von öffentlichen Debatten ermöglicht die Kommission eine frühzeitige Information und Beteiligung der Öffentlichkeit, in denen nicht nur über das „Wie?“, sondern auch über das „Warum?“ eines Projekts diskutiert wird. Die Kommission begleitet Projekte von Anfang an bis zur öffentlichen Anhörung und ist für die Festlegung geeigneter Methoden der Öffentlichkeitsbeteiligung verantwortlich.

Die CNDP benennt sogenannte Garant:innen, die sicherstellen, dass das Recht auf Information und Beteiligung im Projekt gewahrt bleibt. Am Ende einer öffentlichen Debatte erstellt sie einen Bericht der alle Argumente der Beteiligten sowie Empfehlungen zur angemessenen Berücksichtigung der Ansichten der Öffentlichkeit enthält. Die Projektverantwortlichen müssen innerhalb von drei Monaten auf diese Empfehlungen reagieren.

Die CNDP übernimmt außerdem eine Bildungsrolle, indem sie Werte der Partizipation durch Stellungnahmen, Empfehlungen, Ratschläge und Fachwissen an die Bevölkerung, Institutionen und Projektleiter:innen weitergibt.

... und die Garant:innen der CNDP

Die CNDP ernennt für jede ihrer Beteiligungsprozesse Gewährspersonen, genannt *Garant:innen*. Sie werden in einer 2017 erstellten nationalen Liste von etwa 230 Personen aufgeführt, auf der sie für vier Jahre verbleiben. Nach Ablauf dieses Zeitraums kann eine Mandatsverlängerung beantragt werden.

Die Aufgaben der Garant:innen umfassen

1. die Sicherstellung des Rechts auf Information und Beteiligung gemäß [Artikel 7 der Umweltcharta](#)¹ (Charte de l'environnement),
2. eine Überwachung der Qualität der Informationen für die Öffentlichkeit und
3. die Gewährleistung der Qualität des partizipativen Systems gemäß den Prinzipien der CNDP.

¹ <https://www.legifrance.gouv.fr/contenu/menu/droit-national-en-vigueur/constitution/charte-de-l-environnement>
Seite | 2

In einem Grundsatzschreiben wird die Rolle der Garant:innen und die Anforderungen der CNDP an die Projektträger:innen festgelegt. Die Neutralität der Garant:innen wird durch die Unterzeichnung einer Ethik- und Verhaltenscharta gewährleistet. Nach Abschluss eines Beteiligungsprozesses veröffentlichen die Garant:innen einen Bericht, der an die CNDP und die Projektträger:innen übermittelt wird.

Als zeitweilige Mitarbeiter:innen im öffentlichen Dienst werden die Garant:innen über die CNDP finanziert. Dies garantiert ihre Unabhängigkeit und vermeidet Kosten für die Projektträger:innen.

Als Antwort auf das starke Wachstum der Anfragen und das Ungleichgewicht in der geografischen Herkunft der Garant:innen, führte die CNDP zuletzt im September und Oktober 2023 eine Bewerbungskampagne zur Ergänzung der Garant:innenliste durch.

Voraussetzungen für die Kandidatur sind eine anerkannte Qualifizierung oder Erfahrungen in der Öffentlichkeitsbeteiligung. Nach Aufnahme in die nationale Liste müssen die neuen Garant:innen eine von der CNDP organisierte Zusatzausbildung zum Thema Partizipation absolvieren.



Zum Weiterlesen

- Die Rolle der CNDP in 6 Fragen (auf Französisch) <https://www.vie-publique.fr/questions-reponses/286893-la-commission-nationale-du-debat-public-cndp-en-six-questions>
- Die Geschichte der CNDP (auf Französisch) <https://www.debatpublic.fr/notre-histoire-206>
- Die Garant:innen der CNDP (auf Französisch) <https://www.debatpublic.fr/nos-garantes-et-garants-739>



Kontakt

Deutsch-Französisches Zukunftswerk
c/o Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit - Helmholtz-Zentrum Potsdam (RIFS)

Wissenschaftliche Projektleitung und Recherche:

Dr. Julia Plessing – julia.plessing@df-zukunftswerk.eu

Pressereferentin: Stephanie Hesse – stephanie.hesse@df-zukunftswerk.eu

In der Zusammenarbeit mit kommunalen Expertinnen und Akteuren in Deutschland und Frankreich identifiziert das Zukunftswerk regelmäßig Instrumente und fachliche Konzepte, die im anderen Land kaum bekannt sind oder einen spannenden bilateralen Vergleich bieten. Mit den Factsheets stellt das Forschungs- und Dialogteam relevante Rechercheergebnisse zur Verfügung. Sie bieten relevantes Überblickswissen mit Quellenangaben sowie Hinweise für die vertiefende Lektüre.



Umgesetzt von



GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

